

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Grafmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: In Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf., in Deutschland vierteljährlich 1 M. 50 Pf., mit Botenlohn 2 M.

Annahme von Anzeigen Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.
Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: A. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Dabbe, Invalidentank, Berlin, Bernh. Arndt, Max Verlagsanstalt, Eberfeld, B. Thienes, Greifswald G. Mies, Halle a. S. Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Neuberger, A. Steiner, Wilhelm Willens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Fischer. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Die große Siegesnachricht, welche zu Pfingsten vom Kriegsschauplatz eintraf, hat sich nun wirklich als fantastische Ente entpuppt, nicht ein wahres Wort war daran, die gegenseitigen Flotten schienen sich noch immer zu „suchen“. Von Seiten Amerikas wird wieder einmal eine kräftige Offensive angekündigt; nur scheint man selbst noch nicht zu wissen, wohin sie sich richten soll, ob gegen Kuba oder Portorico. Wie die „Tribune“ aus Washington erzählt, meldete General Miles, er werde sich heute in Tampa an Bord eines kleinen Schnellkreuzers einschiffen, um sich nach dem Kriegsschauplatz zu begeben. — Eine aus Key-West eingelaufene Meldung besagt, es stehe nunmehr fest, daß die Transportflotte sich nach Kap Mayiti (das östliche Vorgebirge Kubas) begeben. Dort werde die Entscheidung darüber getroffen werden, ob die Streitkräfte in Santiago oder auf Portorico landen sollen. Sollte es Kommodore Schley inzuzwischen gelingen, Cerberus Flotte zu vernichten, dann würde die Expedition nach letzterer Insel gehen. Andernfalls würden die Truppen zu Lande Santiago angreifen. Außerdem wird noch gemeldet, daß man in Newport annimmt, zum Transport des für Kuba bestimmten Expeditionskorps würden vier Fahrten erforderlich sein. Auch eine lebhafte Bewegung der Flotte war signalisiert, natürlich in den bekannten unbestimmten und nichtsjagenden Ausdrücken. So wird gestern aus Kingston (Jamaica) gemeldet, daß eine bedeutungsvolle Bewegung des Geschwaders unter Kommodore Schley für bevorzueht gehalten werde, nachdem letzterer seit vorgestern mit der Regierung in Washington lebhaften Depeschenwechsel unterhalten habe. Eine Depesche aus Havanna besagt: General Salcedo, welcher von einer Fahrt an Bord eines Kanonenbootes zwischen Yuevitao und Guabirama nach Camaguey zurückgekehrt ist, berichtet, er habe von den Aufständischen den Eindruck empfangen, daß sie nicht im Stande seien, die Amerikaner zu unterstützen. — Das ist doch wohl etwas mehr gesagt, als der spanische General verantworten kann, wie dies die Einnahme der Stadt Homidios durch die Kubaner beweist. Außerdem liegt folgende Depesche vor, nach welcher aus Key-West der Dampfer „Florida“ dorthin zurückgekehrt ist, nachdem es ihm gelungen war, 400 Kubaner unter dem Befehl des General Saeret, welche nebst einer großen Menge Waffen und Munition von Tampa abgegangen waren, auf Kuba zu landen. Der Korrespondent des „Newerischen Bureau“ in Manila theilt unter dem 27. d. Mts. Folgendes mit: Das Eintreffen der amerikanischen Verstärkungen werde für Mitte Juni erwartet; vorher sei es den Amerikanern unmöglich, Manila zu besetzen. In letzter Stadt dauerten die Engländer-feindlichen Kundgebungen fort; seitens der Spanier geschähe nichts, um dem Einhalt zu thun. Neuerdings sei ein Bild der Königin Victoria insultriert worden. An Bord des amerikanischen Kreuzers „Boston“ sei eine Krankheit, die ersten Charakter trage, ausgebrochen. Admiral Dewey habe das Versprechen abgegeben, Manila nicht zu beschießen, wenn die Spanier sich verpflichteten, ihre Befestigungen nicht verstärken zu wollen. Letztere wären auf diese Bedingung eingegangen.

und sowohl die „Kapitalmacht“ anzugreifen, wie für das Silber eine Ränge zu brechen. Sie haben jetzt diese Gelegenheit erhalten und kämpfen mit Hartnäckigkeit gegen eine Emission von Bonds, sowie für eine Belassung der Korporationen durch Besteuerung, ebenso für einen Schlag gegen das „angesammelte Kapital“ in der Form einer Erbschaftsteuer. Außerdem kämpfen sie für das „ideale Mittel“ der Anschaffung von Geld durch Ausgabe von Greenbacks sowie durch Prägung der Silberseignorage. Nach den, von dem republikanischen Senator Allison auf Grund der von dem Kriegsschatz und dem Flottenschatz gemachten Veranschlagungen, dem Senat unterbreiteten Ziffern beträgt die Gesamtausgabe der Regierung während eines ganzen Kriegsjahres 370 192 000 Dollars, unvorhergesehene Fälle ungerneht. Es muß demnach in runder Summe für 400 000 000 Dollars georgt werden. Wie oben angegeben, hat das Repräsentantenhaus einen rationalen Weg eingeschlagen, um dem Regierungsbedürfnis gerecht zu werden. Im Senat hat die republikanische Minorität des Finanzausschusses substantiell der Politik des Repräsentantenhauses zugestimmt, mit der Abweisung, daß sie die Emission von Bonds auf das niedrigste Maß beschränkt wissen will, nämlich auf höchstens 300 Millionen Dollars. Senator Turpie, als Sprecher der demokratisch-populistischen Majorität des Senats, gab in einer Rede als das Ergebnis einer Besteuerung der Korporationen die Summe von 100 Millionen, und als das Ergebnis der Erbschaftsteuer die Summe von 50 Millionen Dollars an. Zur annähernden Vervollständigung der Budgetfordernisse schlug er die Ausstellung von Greenbacks und die Prägung der Seignorage in der Gesamthöhe von 150 Millionen Dollars vor. Der Kampf um die Beschaffung der Mittel zur Befreiung der Kriegsausgaben ist demnach in einen Kampf um die künftige Finanz- und Währungspolitik der Vereinigten Staaten ausgeartet, gerade in einer Zeit, in welcher man am allerwenigsten eine Neuenpolitik treiben sollte. Es läßt sich kaum annehmen, daß das Repräsentantenhaus auf die Vorschläge der demokratischen Populisten und der Silberrepublikaner des Senats eingehen wird. Noch weniger ist zu befürchten, daß die Regierung bei den bekannten Ansichten des Präsidenden McKinley und des Schatzamtssekretärs Sage sich zu Schleppträgern der Währungsverschlechterung erniedrigen werde, selbst wenn das Kriegsbudget in Gefahr stehen sollte. Wenn Senator Turpie in seiner Rede betonen zu müssen glaubte, daß 15 Millionen Wähler bei der letzten Präsidentenwahl sich für die Rehabilitation des Silbers ausgesprochen haben, müssen die Silberfanatiker auf der anderen Seite zugestehen, daß eine weit größere Mehrheit der Wähler sich für die Goldgrundlage erklärt hat. Das Recht der Majorität ist stärker, als das der Minorität, selbst wenn letztere nicht zu unterschätzende Dimensionen darstellt. Daß man sich angesichts der Dringlichkeit des Gegenstandes bald über das Kriegsbudget einigen wird, ist selbst bei dem scharfen Gegensatz der Parteienanschauungen übrigens nicht zu bezweifeln, und die Frage der Bonds wird schließlich bejahend entschieden werden müssen.

Aus dem Reiche.

Im nächsten Monat wird Prinz Adalbert, der am 14. Juli sein 14. Lebensjahr beendet und für die Marineaufbahn bestimmt ist, seine erste Seefahrt auf dem Schulschiffe „Sophie“ vom 10. bis 23. Juni unternehmen. Die Einschiffung des Prinzen an Bord der „Sophie“ ist für den 8. oder 9. Juni in Aussicht genommen. — Nach dem „Militär-Wochenblatt“ ist Generalleutnant Freiherr v. D. Goltz, Kommandeur der 5. Division, unter dem 28. Mai mit Wahrnehmung der Geschäfte der General-Inspektion des Ingenieur- und Pionierkorps der Festungen beauftragt. — Der königliche Hof-Garten-Direktor Hermann Walter zu Sanssouci ist am 2. Pfingstfesttag, Morgens 9 Uhr, seinem langjährigen Palsleben, das zuletzt einen operativen Eingriff erforderte und die Einlegung einer Kanüle notwendig machte, erlegen. — Der Universitätsprofessor Hofrath Dr. Friedrich Klopffleisch in Jena ist gestorben. — Der Brief- und Paketverkehr der Reichspost ist in der vergangenen Pfingstwoche in Berlin so groß gewesen, daß zur Bewältigung der Geschäfte die Feldpost mobil gemacht werden mußte. — Die Eisenfuhr nach Deutschland nimmt in Folge des überaus milden Winters einen ganz ungewöhnlichen Umfang an. Im April d. J. sind 1 302 896 dz. Eis eingeführt, darunter 1 034 709 dz. aus Norwegen und 40 107 dz. aus Oesterreich-Ungarn. Im April 1897 wurden nur 1 371 dz. Eis nach Deutschland eingeführt. Die Eisenfuhr der ersten vier Monate belief sich auf 2 209 107 dz. gegen 84 663 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die allgemeinen Einschiffzahlen werden durch diese starke Eisenfuhr bereits wesentlich beeinflusst. — Ueber die Krawalle in Esfurt wurde an den Minister ein Bericht gesandt. Der Oberbürgermeister erstreckt einen Aufruf an die friedliebenden Bürger, in den nächsten Tagen den Friedrich Wilhelm-Platz, wo die Krawalle stattgefunden haben, ohne zwingende Gründe nicht zu betreten; auch der Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei forderte durch Maueranschlag die Arbeiter auf, sich an den Krawallen nicht zu beteiligen. Einige zwanzig Personen, welche durch Säbelhiebe und durch Schüsse verwundet sind, sind den Krankenhäusern zugeführt worden. — Die Wäckerinnung in Augsburg macht Folgendes bekannt: In Folge der seit 3 Monaten stetig sich erhöhenden Getreidepreise, sowie der seit einigen Jahren sich immer mehr und mehr steigenden Mietkosten wird in Kreisen der Wäcker Augsburgs die ernste Absicht gehegt, den „eingeschlichenen Modus“ der Abgabe von zwei Stück Semmeln für 5 Pf. gänzlich abzuschaffen und den Preis für zwei Stück auf 6 Pf. zu erhöhen. Wenn man die in letzterer Zeit den Wäcker anerkennenden Mehrkosten, welche durch den Marginalarbeitslohn, die immer sich steigenden Steuern, die Verpflichtungen und Ansprüche, welche das Publikum an dieselben richtet, ins Auge faßt, so wird man das Verlangen der Wäcker als gerecht anerkennen müssen. — Im Gesteinmüder Fischereihafen verkehrten im ersten Vierteljahr 1898 444 Fischdampfer und 28 Segelfahrzeuge gegen 356 Dampfer und 8 Segelfahrzeuge in der

gleichen Zeit des Vorjahres. Der Umsatz in den Auktionshallen belief sich auf 7 584 976 Pfund Fische mit 996 009 Mark Erlös gegen 5 784 182 Pfund Fische mit 720 453 Mark Erlös im 1. Vierteljahr 1897. Diese Zahlen ergeben dem Vorjahre gegenüber eine recht beträchtliche Verzehrunahme.

Deutschland.

Berlin, 1. Juni. Es bestätigt sich, daß der Kaiser und die Kaiserin der großen (Schwarz) Kreuzer-Brunsbüttel am 19. Juni beiwohnen werden. Die kaiserlichen Segelboote „Meteor“ und „Iduna“, die Kaiserjacht „Hohenzollern“ und ihr Begleitschiff „Dela“ werden sich Mitte nächsten Monats nach der Elbe begeben, um dort zur Verfügung des Kaiserpaars bereit zu liegen. Die Ankunft des Kaisers und der Kaiserin in Kiel war ursprünglich auf den 20. Juni festgesetzt; wenn aber, was neuerdings in Aussicht genommen, ein Besuch in Helgoland ausgeführt werden sollte, so wird dieser Termin auf den 23. Juni Abends verschoben. Während der Regatten, die in der sogenannten Kieler Woche stattfinden, bleibt das Kaiserpaar in Kiel an Bord der „Hohenzollern“. Am 4. Juli tritt der Kaiser die Reise nach Norwegen auf diesem Schiffe an. Das Begleitschiff wird auf der Nordlandfahrt wie auch später im Mittelmeer der neue „Vijso „Dela“ sein, ein Schiff von 2000 Tonnen Wasserverdrängung, das nicht ganz so schnell wie die Kaiserjacht, aber doch über 20 Seemeilen in der Stunde laufen kann. Die Rückkehr des Kaisers erfolgt am 1. August.

Der Herzog von Genua hat auf ein Beileidstelegramm des kommandirenden Admirals von Ancona anlässlich des Todes des italienischen Marineministers, Admirals Brin, wie folgt geantwortet: „Tief bewegt danke ich herzlich Eurer Excellenz und mache mich zum Dolmetscher der tiefsten lebhaftesten Dankbarkeit aller Offiziere der italienischen Marine für die freundlichen Kundgebungen des Antheils, den Eure Excellenz im Namen des Offizierkorps der kaiserlich deutschen Marine uns in dieser traurigen Lage bewiesen haben.“

Der Verwaltungsrath der Panganig-Gesellschaft hat kürzlich in Frankfurt a. M. eine Sitzung abgehalten, um über die Bestellung der Zuckers- und Rumfabrik schlüssig zu werden, welche am Panganig erbaut werden soll. Es wurde beschlossen, die Fabrik bei J. Hallström in Nienburg a. S. zu bestellen; sie soll im November fertig sein, um mittelfst Segelschiffen nach Ostafrika überführt zu werden. Der Leiter der Fabrik, Wege, wird binnen kurzem abreisen, um die Vorarbeiten zu machen. Das nächste wird die Bestellung eines Dampfers für die Panganig sein, über dessen Größenverhältnisse noch nicht volle Klarheit geschaffen ist. Die Tiefenverhältnisse des Ausflusses sind von Ebbe und Fluth abhängig. Die „Klosterzeu Wami“ und „Kungani“ gehen mit Kohlenanlieferung für einen Tag 1,70 Meter tief und fahren, wie aus dem mit der deutsch-ostafrikanischen Regierung geschlossenen Korrespondenz hervorgeht, bei Fluth anstandslos bis Chogwe, also etwa 30 Seemeilen hin und zurück, aber bei Ebbe sinkt der Fluß so sehr, daß ein Verkehr mittels so tiefergehender Fahrzeuge unmöglich sein wird.

In der gestern in Breslau abgehaltenen Hauptversammlung der deutschen Lehrerverammlung hielt Oberlehrer Gärtners-München unter großem Beifall einen Festvortrag über die 50jährige Entwicklung der deutschen Lehrerverammlung. Die Versammlung ist ein Kind der geistigen Stromschnelle im Jahre 1848. Der Stiefkloß der Reaktion habe sie gehemmt, aber nicht erdört. Von Preußen verboten und ausgeschloßen, mußte sie in die Kleinstaatlein sich zurückziehen. Erst 1867 änderte sich die Zeitlage. Die Versammlung konnte von jetzt ab auch in Preußen tagen. 1871 bildete sich der deutsche Lehrerverein, 1893 fand die Vereinigung mit der bisherigen freien Versammlung statt. Heute lassen sich 80 000 Lehrer auf der Versammlung vertreten. Sie hat 50 Jahre hindurch am inneren und äußeren Ausbau der deutschen Volksschule gearbeitet und wird das auch in Zukunft thun, unbüßert um Vorwürfe, die ihr Unfruchtbarkeit, unpatriotische Haltung u. s. w. vorwerfen. Die deutsche Versammlung habe gekämpft für erhöhte Lehrerbildung, Fachausbildung, Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts, die allgemeine Volksschule, Gleichberechtigung der Lehrer im bürgerlichen Leben und ausreichende materielle Versorgung des Lehrstandes. Sie werde diesen Kampf fortsetzen mit Entschlossenheit und Weisheit und hierdurch endlich ihr Ziel erreichen.

Der „Cri de Paris“ macht die merkwürdige geographische Entdeckung, daß der Rhein noch immer die Grenze bildet zwischen Frankreich und Deutschland und beruft sich dabei, was noch merkwürdiger ist, auf einen Bericht, der dem Ministerium des Innern kürzlich eingereicht wurde. Nach diesem Bericht soll ein deutscher Spion von einer Barke aus die französischen Festungswerke beobachtet und zwei Agenten ausgelacht haben, welche ihm vom französischen Ufer aus sein freches Treiben verwiesen. Ein ungenannter „Ehässer“ macht sich im „Siecle“ über diesen geographischen Wüßhump lustig und vergleicht den angeblichen Bericht des „Cri de Paris“ mit den angeblichen Briefen, die der deutsche Kaiser mit Dreyfus gewechselt haben soll, und die von zwei französischen Generalen für erst genommen worden seien. Der Bericht des „Cri de Paris“ stamme vielleicht aus der gleichen Fabrik.

Im deutschen Zollgebiet betrug die Einfuhr im April 1898 in Tonnen zu 1000 Kilogramm rein: 3 490 391 gegen 3 354 594 im April 1897, daher mehr 135 797; die Gesamteinfuhr in den abgelaufenen 4 Monaten 12 262 410 gegen 11 212 363 im Vorjahr, daher mehr 1 050 047. Die Ausfuhr betrug im April 1898: 2 363 466 gegen 2 222 689 im Vorjahr, daher mehr 140 777; die Gesamtausfuhr in den abgelaufenen 4 Monaten: 9 252 496 gegen 8 293 256, daher mehr 959 240.

Das Vorkochamt der Kaufmannschaft zu Königsberg i. Pr. hat angeregt, daß der deutsche Handelsrat die zur Zeit zur Erörterung stehende Frage, ob in Preußen die Wasserbauverwaltung dem Ministerium für Landwirthschaft, Domänen und Forsten zu unterstellen sei, behandelt möge. Ferner hat die Handelskammer zu Hannover in Bezug auf die in Preußen bestehende Absicht, vom 1. Oktober ab die Fracht

für Stückgut durch Einführung eines Staffeltarifs namentlich für weite Entfernungen zu ermäßigen, am 23. Mai das folgende Schreiben an das Präsidium des deutschen Handelstages gerichtet: „In der Frage der Einführung von Staffeltarifen für Stückgut hat sich der Vorstand des Vereins deutscher Speditoren an die sämtlichen Handelsvertretungen mit der Bitte gewandt, an zuständiger Stelle dem Wunsch Ausdruck zu geben, daß zunächst und vor Einführung einer derartigen tarifmäßigen Aenderung das Gutachten der Vertretungen von Handel und Gewerbe eingeholt werde. Bei dieser Sachlage halten wir es für angemessen, daß sich der deutsche Handelsrat mit der vorliegenden Frage beschäftigt, und stellen wir dem Präsidium ein entsprechendes Vorgehen anheim.“

Die Mitglieder des Ausschusses des Handelstages werden demgemäß vom Präsidium erlucht, sich darüber zu äußern, ob sie beabsichtigt, Stellungnahme zu den beiden Fragen, die zunächst Preußen, mittelbar aber auch das übrige Deutschland betreffen, die Einberufung einer Sitzung des Ausschusses in der zweiten Hälfte des Monats Juni für angeeignet halten und an einer solchen Sitzung theilzunehmen in der Lage wären. Zugleich wird den Ausschußmitgliedern anheimgestellt, in ihrem Antwortschreiben ihre Meinung über jene beiden Fragen kurz zu bezeichnen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 31. Mai. Der sozialdemokratische Parteitag beschloß, in schärfster Kampfesform gegen die Christlich-Sozialen einzutreten, ihre innere Verlogenheit anzudeuten, ihre wahre Natur als dienftbereite Dienerin des volksausbeutenden Feudalismus und volkverhummelnden Klerikalismus zu enthüllen, das Volk über die Niedrigkeit der Gefinnung ihrer Führer und die Niedertracht ihrer Agitationsweise aufzuklären. Gegen die Deutschnationalen wurde bloß der Beschluß gefaßt, daß sie als „Segner der Arbeiterschaft“ bekämpft werden müßten.

Frankreich.

Paris, 31. Mai. Anlässlich des dreihundertjährigen Jubiläums des Heiliges von Nantes empfing das hiesige Presbyterium die Delegirten zahlreicher protestantischer Gemeinden und die Deputirten der protestantischen Fakultäten von Paris, Montauban und Genf. Hierauf fand eine Festigung statt, in welcher Pastor Darigue, Baron Schidler, Pastor Loeb und andere Anwesende hielten. Die Sitzung wurde mit dem Ausruf: „Ein feste Burg“ geschlossen.

Italien.

Rom, 31. Mai. Die Senatoren General Pelloni und General Morra (jetzt Hofkämmerer in Petersburg) schlugen das Portefeuille des Auswärtigen ab. Die Senatoren Fimalli und Saredo verweigerten es, ins Kabinett einzutreten. In Kammerkreisen zirkulirte folgende Liste: Deputirter Capelli Minister des Auswärtigen, der bisherige Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, Gian de Rivera Minister der öffentlichen Arbeiten, Senator Cremona Minister des Unterrichts, Senator Canabaro Marineminister, Deputirter Bonacci Justizminister, der bisherige Unterstaatssekretär im Schatzministerium Frolo Postminister. — Audini, Lugazzi, San Marzano und Branca bewahren ihre Portefeuilles. — Ein solches Kabinett könnte nicht auf irgend eine Kammermajorität rechnen.

Afrika.

Tunis, 28. Mai. Von zwei aus arabischer Gefangenschaft entkommenen Europäern berichtet die „Dep. Alg.“. Die erste ist eine jetzt 50 Jahre alte Spanierin, Namens Maria Amalina, die bei Beauraupre gefangen und nach Tignes gebracht worden war. Dort hatte man sie am ganzen Leibe tätowirt und auch sonst sehr schlecht behandelt. Sie sagt, es gebe noch zahlreiche Gefangene in Tignes, wo sehr viel französisch und spanisch gesprochen werde. Sie war auf ihrer Flucht vier Monate lang unterwegs, sich von Hinde und Wurzeln nährend, zuweilen von Almosen, und unter freiem Himmel schlafend. Der spanische Konsul in Nemours, bei dem sie endlich eintraf, ließ sie nach Spanien befördern. Der zweite Flüchtling war einer der auf dem englischen Dampfer „Tourmaline“ von den Affizien gemachten Gefangenen, ein deutscher Offizier, Namens Beherle. Seiner Aussage nach wurden die Gefangenen im Triumph unter Spott und Hohn der Bevölkerung auf den Rücken von Kamelen durch das Land geführt, nachdem man sie ihres ganzen Eigentums, insbesondere auch ihrer wissenschaftlichen Hülfsmittel, beraubt hatte. Sie fanden auf ihrer Reise nur einen Barmherzigen, den span. Gen. Es. Graf von Magador, der ihnen Nahrungsmittel und Kleidungsstücke, auch, was sie besonders dankbar anerkannten, Wasser und Seife zur Verfügung stellte. Die englischen Behörden in Tanger sorgten, wie desfalls, für ihre Befreiung, und von Tanger aus ist auch jetzt unser Landsmann nach London abgereist.

Arbeiterbewegung.

In Anklam besteht der Streik der Maner- und Zimmerleute unverändert fort und läßt sich ein Ende desselben auch noch nicht absehen. In Halle a. S. nahm die Glaser-Innung in einer außerordentlichen Versammlung Stellung zu den Lohnforderungen der Gesellenchaft. Der von dieser vorgelegte Entwurf eines neuen Tarifs für Affordarbeit wurde als völlig unannehmbar bezeichnet. Der bisherige Lohn für Affordarbeit sei dagegen als mäßig genug von Kollegen im ganzen deutschen Reich bezeichnet worden. Das Ergebnis der Verhandlung war der Beschluß, den Gesellen das Angebot einer Erhöhung des bisherigen Tarifs für Affordarbeit um 8 pCt. zu machen; für Stundenarbeit sollen nach wie vor je nach der Leistung 25 bis 45 Pf. Lohn gezahlt werden unter Gewährung von 5 Pf. Zuschlag für die Stunde Arbeit auf Van. Auf die Forderung der Gesellenchaft, daß die Meister den Innungsarbeitsnachweis nicht mehr benötigen, sondern ihren Bedarf an Arbeitskräften durch den Arbeitsnachweis der Gesellen decken sollen, glaubte man auf keinen Fall eingehen zu sollen. In Feggenheim haben einer Mitteilung des „Vorwärts“ zufolge die Steinarbeiter wegen Lohnfreites die Arbeit niedergelegt. In Zuns-

bruck ist der Bauarbeiter-Ausstand beendet. Die Forderungen der Arbeiter wurden theilweise bewilligt. Die Arbeit wurde allgemein wieder aufgenommen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 1. Juni. Die zu den Wahlbezirken Vor dem Königssthor und Berlinerthor gehörigen Wähler machen wir nochmals auf die morgigen Donnerstag im Saale der Philharmonie stattfindende Veranstaltung aufmerksam, zu welcher der liberale Wahlkandidat Herr Landtagsabgeordneter Mag. Dr. M. E. I. sein Erscheinen zugesagt hat.

Die kaiserliche Ober-Postdirektion veröffentlicht folgende Bekanntmachung, die auch im hiesigen Schalterraum angebracht ist: Die am 23. Mai 9.45 Abends aus Lübeck abgegangene Personenpost ist bei der Ankunft in Minden (Westf.) am 24. 12.17 früh mit offener Thür des Vorderaberaumes eingetroffen. Aus dem Wertgelaf sind 4 Briefbeutel und 5 Geldbriefbeutel sowie 2 Pakete mit Werthangaben abhanden gekommen. Die Post ist auf der ganzen Strecke nur von einem Reisenden benützt worden, während der Fahrt seinen Platz auf dem Vordische neben dem Postillon hatte. Beide wollen, obwohl das beraubte Werthgelaf sich unter dem Vordische befindet, von dem Abhandenkommen des Inhalts dieses Werthgelafes nichts bemerkt haben. Die Absuchung der Poststraße hat keinen Erfolg gehabt. In dem einen Pakete sind goldene Herrenketten, Granathalsketten, Granathalsketten, andere Broschen und Ohrringe, 1 Trauring und 4 goldene Herrenmedaillons enthalten gewesen. Auf die Wiedererlangung der abhanden gekommenen Werthgegenstände oder eines Theils derselben, sowie der gewöhnlichen Briefsendungen und auf die Ermittlung der Thäter hat die kaiserliche Ober-Postdirektion in Minden (Westf.) eine Besoldung von 500 Mark ausgesetzt. Wahrnehmungen, die geeignet sind, auf die Spur der Thäter zu führen, sind der Orispolizeibehörde oder der nächsten Postanstalt mitzutheilen.

Die Konvertierung der Pfandbriefe der Stettiner National-Hypothekens-Kredit-Gesellschaft erweist sich, selbst die Pfandbriefinhaber, welche derselben entgegen waren, beginnen jetzt für die Konvertierung einzutreten, da sie überzeugt sind, daß eine solche unter den gegenwärtigen Verhältnissen das Beste ist. Die von den Genossen der Gesellschaft aufzubringende Garantiesumme von 500 000 Mark ist gesichert.

Aus Bremen wird berichtet: „Der Schnelldampfer des Norddeutschen Lloyd „Kaiser Wilhelm der Große“, welcher am vorigen Dienstag Bremerhafen verließ und am Mittwoch 2 Uhr Nachmittags von Southampton weiterging, traf nach einer vorzüglichen Reise bereits gestern Morgen 6 Uhr in Newyork ein. Die Ueberfahrtsdauer betrug 5 Tage 21 Stunden, die Durchschnittsgeschwindigkeit ca. 22,13 Meilen in der Stunde.“

Gestern wurden in Magdeburg die Verhandlungen des 13. Verbandstages der deutschen Gewerbetreibenden eröffnet. Dem von dem Verbandsanwalt Dr. Max Hirsch erstatteten Bericht über die Thätigkeit und Entwicklung der Gewerbetreibenden und des Verbandes seit dem letzten Verbandstage im Jahre 1895 entnehmen wir Folgendes. Seit Gründung der Gewerbetreibendenorganisation im Jahre 1868 habe Magdeburg sich als eine der fruchtbarsten und treuesten Burgen der Gewerbetreibenden erwiesen. Die Gewerbetreibenden bildeten keine abgeschlossene soziale Sekte, sondern sie hätten sich von ihrer Gründung an als Mitarbeiter an der nationalen Kulturbewegung gefühlt und dieses beibehalten. Ihre grundlegende Aufgabe sei es, die bisher lockeren und gefalteten Arbeitermassen durch die naturgemäße Organisation nach Berufs- als gleichberechtigten und mitwirkenden in den gesellschaftlichen Organismus einzufügen und damit zugleich die materielle und geistige Lage der arbeitenden Klassen zu bessern. Der Verband der deutschen Gewerbetreibenden habe sich bestrebt, auf die soziale Gesetzgebung einzuwirken, z. B. durch Massenpetitionen gegen verschiedene Härten der Unfallversicherungsnovelle von 1896, für die Durchführung und Verbesserung des gesetzlichen Arbeiterschutzes in privaten und Staatsbetrieben, gegen die Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und für die gesetzliche Anerkennung der Gewerbetreibenden als Berufsvereine. Diese haben aber seitens der Staatsbehörden nicht immer das gewünschte Entgegenkommen gefunden. Auch auf dem Gebiete der Handwerker- und Innungsgesetzgebung haben die Gewerbetreibenden den Standpunkt der freien Organisation, leider vergeblich, angestrebt gesucht; sie waren auf dem Wege, als es sich um die „Kassensfreiheit“, um die obligatorischen Arbeitsbücher u. s. w. handelte. Die deutschen Gewerbetreibenden zählen jetzt in 162 Ortsverbänden und 1658 Ortsvereinen 82 000 Mitglieder und erfreuen sich einer stetigen fortschreitenden Entwicklung nach innen und außen. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Der bisherige Polizeikommissar Aethener von hier ist nunmehr endgültig zum Polizeikommissar ernannt und als solcher der königlichen Polizeidirektion für Kiel und Umgebung zugewiesen worden.

Der Landrath v. Glajow zu Stargard in Pommern ist zum Regierungsrath ernannt und in dieser Eigenschaft der königlichen Regierung in Breslau zur dienstlichen Verwendung überwiesen worden.

Der bisherige Stadthauptmann Cronow in Straßund ist zum Ersten Bürgermeister der Stadt Straßund ernannt worden. Die Zunahme der Körnerkrankheit in verschiedenen Theilen der Monarchie läßt es erforderlich erscheinen, der Vererbung ihrer Uebertragung in den Schulen größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Dem erfahrungsgemäß sind es häufig die Schulen, in welchen das Auftreten der Körnerkrankheit in einem Orte zuerst zur Kenntniss der Behörden gelangt. Auch findet nicht selten durch Vermittelung der Schulen die Verbreitung der Krankheit aus einer Familie in andere statt. Die betheiligten Minister haben daher auf Grund der neueren Erfahrungen eine Anweisung zur Vererbung der Uebertragung ansteckender Augenkrankheiten durch die Schulen erlassen und die zuständigen Behörden beauftragt,

